PB.W-01-437

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	KV Münster
Beschlussdatum:	23.04.2021

Änderungsantrag zu PB.W-01

Von Zeile 436 bis 438 einfügen:
Vereinten Nationen ein, der beides abdeckt. Internationale Konzerne dürfen durch Handels- und Investitionsklagen nicht noch mächtiger werden, daher lehnen wir Klageprivilegien und private Sonderjustiz für ausländische Investoren ab. Die EU sollte aus dem vollkommen aus der Zeit gefallenen

Begründung

Seit langem setzen wir Grüne uns aus guten Gründen gegen private Sondergerichte für Konzerne ein. Die Formulierung „Klageprivilegien“ ist schwammig und fällt hinter das im letzten Jahr beschlossene Grundsatzprogramm zurück, in dem es heißt: „Sonderrechte und Sonderjustiz für Konzerne sind auszuschließen.“ Wir sollten wir es nicht versäumen, dieses wichtige politische Anliegen auch in unser Bundestagswahlprogramm aufzunehmen.